



Mit dem Hinweis auf ein irgendwann zu schaffendes einheitliches Rentensystem in Ost und West verweigerten CDU, FDP und die meisten Abgeordneten von SPD und Grünen die Zustimmung zu den 19 Anträgen zur Rentengerechtigkeit der Fraktion DIE LINKE, die am Donnerstag namentlich zur Abstimmung standen.

"Es ist ein trauriges Kapitel, wenn im 21. Jahr der Wiedervereinigung berechnete Rentenansprüche ehemaliger DDR-Bürger noch immer nicht anerkannt werden! Wahrscheinlich setzt die große Mehrheit des Bundestages auf die biologische Lösung dieser Ungleichbehandlung", erregt sich der Thüringer Bundestagsabgeordnete Ralph Lenkert (DIE LINKE). "Da werden einerseits gierige Spekulanten mit Milliardenhilfen vor Verlusten bewahrt, aber für berechnete Ansprüche der Seniorinnen und Senioren ist dann kein Geld mehr da", so Lenkert weiter.

Er macht die Ungerechtigkeiten an Beispielen klar: "Da haben Facharbeiter oder Ingenieure als Forschungsstudenten nach Feierabend und am Wochenende für einen höheren Abschluss gerackert und natürlich Rentenbeiträge gezahlt. Aber wie ist die Rentenwirkung? Es wird behauptet, sie seien ausschließlich Studenten gewesen und die Beiträge müssen falsch eingetragen sein. Also erfolgt keine Anerkennung für die Rente. Selbst so offensichtliche Fehler werden seitens der Regierungskoalition nicht korrigiert. Gezahlte Zusatzbeiträge und zugesagte Rentenzuschläge wie bei Krankenschwestern werden nicht anerkannt. Falls doch, dann nur, weil Betroffene bis vor das Verfassungsgericht klagten und gewannen.

Ralph Lenkert appelliert an die Bundestagsabgeordneten aller Parteien, dieses Rentenunrecht endlich zu beseitigen.

(jenanews.de)

Foto: pixelio.de